

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

53. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbellegebühren. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstags und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 12. Januar 1915

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt, Verämrungs-, Vergütungsinferate usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 4

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Artikel: Rückblicke und Ausblicke 1914/15.

Sozialgesetzgebung und bürgerliches Recht: Wann sind die Krankenkassen zur Zahlung von Unterhaltungen an Kriegsteilnehmer verpflichtet, wenn der Unterhaltungsfall in Feindesland eintritt?

Korrespondenzen: Berlin (Schr.). — Celle i. S. — Eßen. — Graudenz. — Randschau: Von Buchdruckern im Kriege. — Vorbildliche Kriegshilfen. — Schiffsauslösung. — Die Kriegsversicherung der „Volksfürsorge“. — Der desavouierte „Sozialist“. — Verbot der Nacharbeit im deutschen Bäckergewerbe. — Zur Lage des Handels. — Gegen den Liebesgabenwucher. — Folgen der „Künderungsaktion“.

Besonderes: „Erinnerungen“.

Fünfter Nachtrag zum Verzeichnisse der tariffreien Buchdruckereien.

Rückblicke und Ausblicke 1914/15

Es ist mit der Zeit immer mehr Wert darauf gelegt worden, den Lesern des „Korr.“ die Vorgänge eines Jahres und die in einem solchen Zeitabschnitt auf den verschiedensten Gebieten sich vollziehende Entwicklung in übersichtlicher Zusammenfassung vor Augen zu führen. Aber nicht nur das, sondern wir haben es für zweckmäßig befunden, auch das Urteil anderer darüber unsern geehrten Lesern in je nach dem Werte längerer oder kürzeren Ausführungen zur Kenntnis zu bringen, um die eigne Meinungsbildung zu erweitern, wie zu Vergleichen und Nachdenken anzuregen. Damit wird einseitigem Beurteilen vorgebeugt und das selbständige Denken wir gefördert.

Die letztmalige Jahreswende hat unweifelhaft weltgeschichtliche Bedeutung. Der über den ganzen Erdball entfesselte Krieg wird eine Periode ungebändigter Entwicklung abschließen. Eine neue Zeit, in der es zwar auch keinen Stillstand geben kann und geben soll, wohl aber etwas Plannäßigkeit und mehr soziale Gerechtigkeit walten dürften, ist nach allgemeiner Erwartung im Anzuge. Da verlohnt es sich nicht nur, nein, es muß sogar weitgehender als sonst Rück- und Ausblick gehalten werden. Natürlich kann nur das allgemeine Geschehen dafür in Betracht kommen; auf beweisende Zahlen muß noch längere Zeit verzichtet werden, denn die Verhältnisse in ihrer totalen Umgestaltung lassen sich ziffernmäßig noch auf lange nicht erfassen. Das sei der auszusagenweisen Behandlung der Jahresartikel wie den in den nächsten Wochen erscheinenden selbständigen Jahresrevuen vorausgeschickt.

Nachfolgend bringen wir zunächst die markantesten Auslassungen der Gewerkschafts- und damit den Hauptteil der wiederzugebenden Ansichten und Urteile über die sich bereits in Gewesenes und Werdenes unterscheidende Gegenwart. Es werden dann in den ein oder zwei Fortsetzungen eines Tageszeitungsartikels zitiert und zum Schluß soll die augenblicklich noch nicht vollständig vorliegende Fachpresse einer Betrachtung in dem hier erklärten Sinn unterzogen werden. Unsern eignen Standpunkt in dieser brandenden Zeit haben wir schon in Nr. 1 kurz umrissen.

In Gewerkschaftsblättern waren verhältnismäßig wenig Artikel zu finden, die der so außerordentlich wichtigen Jahreswende 1914/15 galt. Dabei läßt die Gewerkschafts- und damit die Arbeiterpresse alles andere denn teilnahmslos die weltbewegenden Ereignisse an sich vorübergehen, was auch gar nicht zu verstehen sein würde, denn die Gewerkschaften wollen und dürfen nicht die schlechtesten Weiber an dem großen Tuche der kommenden Zeit sein. Da in der „Gewerkschaftsrevue“ alles das Registrierung finden soll, was als Rückblick in engerem gewerkschaftlichen Sinn anzusehen ist, so verbleiben an dieser Stelle nur einige aber desto wertvollere Sätze der Erwähnung.

Das „Korrespondenzblatt“ der Generalkommission schreibt in der Einleitung seines Rückblickes auf das Jahr 1914:

Die gegenwärtige Jahreswende bildet ein Punktchen, ein Anzeichen im Strome kriegerischer Ereignisse, deren Ausgang vorläufig noch nicht abzusehen ist. Kein Mensch weiß, ob wir jetzt im Mittelpunkte stehen, ob wir uns dem Ende des Krieges nähern oder noch in den Anfangen längerer Kriegsjahre stehen. Nur eins wissen wir, daß wir durchhalten müssen und durchhalten werden, daß unser Vaterland durch keine Überzahl von Feinden,

durch keine Überlegenheit der Waffen und durch keine Auszehrung unterzukriegen ist. Dieses Selbstvertrauen stützt sich nicht allein auf die Stärke unserer Seeresmacht, auf ihre gute Organisation, Ausbildung und Disziplin, sondern vor allem auf die Vaterlandsliebe, in der alle Deutschen ohne Ausnahme einig sind und bereit, für dessen Verteidigung jedes Opfer zu bringen. Mag der Krieg noch Monate oder Jahre dauern, er wird das Volk eher fester zusammenschweißen und seine Kräfte ins Angehakte wachsen lassen. Die Hoffnung, daß Deutschland in diesem Ringen schließlich doch noch unterliegen wird, mögen die Feinde getrost aufgeben — eher würden sie selbst verbluten und in den Staub sinken. Deutschland ist es, das am kräftigsten aus diesem Weltkriege hervorgehen wird!

Nachdem das gewerkschaftliche Zentralblatt die künftige Stellung des Unternehmers zu den Gewerkschaften berührt und die Hoffnung ausgesprochen, daß trotz der wirtschaftlichen Interessengegensätze fortan eine Verständigung leichter möglich sein werde, führt es in bezug auf die durch den Krieg einer großen Wandlung unterworfenen Frage Regierung und Gewerkschaften folgendes aus:

Anders betrachten wir die Stellung der Regierung zur Gewerkschaftsfrage, die seither hauptsächlich von der Befürchtung geleitet war, die freien Gewerkschaften möchten sich als ein ernsthaftes Hindernis für die nationale Verteidigung erweisen, wie auch die Sozialdemokratie als „Reichsfeindin“ betrachtet wurde. Diese Befürchtungen sind in sich zusammengebrochen; weder die Sozialdemokratie noch die freien Gewerkschaften haben das deutsche Vaterland und Volk in der Gefahr im Stiche gelassen, sondern ihren Platz in der nationalen Verteidigung eingenommen wie jeder andre Teil der Bevölkerung. Das Wort des Kaisers: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche!“, hat auch der deutsche Reichskanzler an offizieller Stelle feierlich übernommen und sich mehrfach für seine Ausführung verbürgt. Er verlor sich für seinen Teil dafür mit-zuwirken, daß es auch nach dem Kriege nur mehr Deutsche geben dürfe. Man kann daraus umgezwungen den Verzicht auf jede Art ausnahmsgeheißlicher Maßnahmen gegen einzelne Verdächtigungs-fälle herauslesen. Man wird aber auch nicht zu weit gehen mit der Meinung, daß auch die ausnahmsweise Sandhabung des gemeinen Rechtes, die bedrohliche Auslegung gegen gewisse politische oder wirtschaftliche Interessenerfahrungen ein Ende haben müsse, und daß von einer Verschärfung der Gesetze gegen die Arbeiterbewegung nicht mehr die Rede sein kann.

Nicht minder liegt in der Verheißung, daß es nach dem Kriege nur mehr Deutsche geben dürfe, die Anerkennung des Anspruches auf völlige Gleichberechtigung auf politischem wie rechtlichem Gebiet, und wir dürfen wohl erwarten, daß man auch in den verantwortlichen Kreisen der Regierung während des Krieges mit seinen ungeheuren Opfern an Gut und Blut einsehen gelernt hat, daß dieser Anspruch ohne Aufschub erfüllt werden muß. Von da bis zur Erfüllung einzelner politischer Programme ist zwar noch ein weiter Weg, auf dem es genug der Kämpfe geben wird. Aber es kann dem Vaterlande nur nützlich sein, wenn diese Kämpfe rein sachlich zwischen Deutschen auf dem Boden völliger Gleichberechtigung ausgetragen werden und der politische Streit nicht durch Entrechtungen und Entehrungen verflucht wird.

Zum Schluß wird der vielen, vielen Opfer mit Herzergewärme gedacht und das Friedensverlangen in dieser Weise geäußert:

Wenn wir uns von dem schwebenden Jahre mit diesen tröstlichen Ausblicken trennen möchten, so wollen wir doch auch der großen Opfer gedenken, die es allen Volkskreisen, nicht zuletzt auch der Arbeiterklasse und der Gewerkschaftsbewegung, gekostet hat. Noch sind die Tausende ungezählt, die der Krieg aus unsern Reihen dahingerafft hat, und jeder neue Tag fügt neue Tausende hinzu. Ihnen allen, die die Erde der Heimat und des fremden Landes deckt, haben wir zu danken für das Opfer ihres Lebens, nicht minder den Hunderttausenden von Verletzten für die Wunden, die sie ununterwillen erlitten. Mögen die Ströme von Blut, die dieser Krieg zum Fließen brachte, dazu beitragen, einen baldigen, ehrenvollen und dauernden Frieden zu gewährleisten und künftige Kriege dieser Art zwischen Kulturvölkern überhaupt unmöglich zu machen. Die Erkenntnis, daß die Austragung von Völkerverwüst durch gewalttätige Vernichtung von Menschenleben, von Kultur-

gütern und kulturellen Verkehrsbeziehungen der Menschheit weder würdig noch nützlich sei, muß sich aus diesen Massenopfern erheben und Allgemeinheit aller Nationen werden. Wir wagen kaum zu hoffen, daß dieser Krieg der letzte sein werde, aber für das Ziel, den Krieg zu beenden, werden wir unermüdet und mit Einigkeit aller unserer Kräfte wirken.

Der letzte Krieg wird dieser Weltbrand gewiß nicht sein, aber unter Völkern von der Bedeutung wie Deutschland, Frankreich und England muß es die letzte gewalttätige Auseinandersetzung sein. Dann dürfte das große Leid des ungeheuren Krieges trotz aller Schwere doch eher zu überwinden sein.

Aus dem Bauarbeiterorgan „Der Grundstein“ zitierten wir zunächst einige Stellen aus einem sich mit dem Kriege im besondern beschäftigten Artikel:

Das deutsche Volk weiß, wofür es diesen Kampf führen muß: Der Letzte im Volke weiß es und ist nicht Hundstoll genug, um sein Land in diesem kirchlichen Ringen, wo die halbe Welt es bedroht, zu verlassen. Die wenigen, die in sicherer Deckung mit diesem Gedanken spielen, stellen sich damit selbst jenseits jeder Gemeinschaft. Und dies Volk, das noch niemals so eilig in einem Kriege war wie in diesem, wird sich auch diesmal behaupten. Dies Volk wird alle Opfer bringen, zu denen es fähig ist.

Was wollen wir den Opfern des Krieges zeugen: Sie sind nicht gefallen, um wankende Throne zu stützen, um die Dividenden der Aktionäre der Rüstungsindustrie zu erhöhen, sie sind gefallen für ihre Heimat und für ihr Volk. Und darum muß sich für unsre Kameraden nicht das niederdrückende Gefühl, daß alle diese untreuen Freunde und Kollegen ihr Leben einem fluchwürdigen Ziele geopfert haben, sondern das erhebende Bewußtsein: Sie starben für die Größe und das Glück der Gesamtheit.

In dem hiernach folgenden Neujahrsartikel wird die Frage behandelt:

Was wird das neue Jahr uns bringen? Niemand weiß es. In Dunkel gehüllt ist der Zukunft Schob, und kein Seher kann uns prophetisch Verborgenes kündigen. Aber das wissen wir, daß beim Einzuge des neuen Jahres kein Wunsch aus so vielen deutschen Herzen steigt und von so vielen deutschen Lippen klingt wie der Wunsch, daß der blutige Krieg bald siegreich für uns beendet werde und Friede einkehre auf dem Erdenrund. Daß der Bauer bald siegreich zurückkehre zu seinem Pfluge, der Kaufmann in sein Kontor, der Arbeiter auf den Bau, in die Werkstatt und Fabrik. Daß sie bald alle in friedlicher Arbeit daran schafften, die Wunden zu heilen, die der Krieg uns geschlagen hat.

Aber freilich wissen wir auch, daß das neue Jahr bei den Gegnern Deutschlands mit den gleichen Wünschen für ihre Völker empfangen wird. Auch diese Völker wünschen für sich nicht nur den Sieg, sondern darüber hinaus sogar die völlige wirtschaftliche und politische Vernichtung Deutschlands. Wenigstens gilt das von England, und in Frankreich ist erst kürzlich von sozialistischer Seite erklärt worden, an einen Frieden sei nicht zu denken, bevor nicht Deutschland niedergelungen und Elsas-Lothringen wieder französisch sei. Das deutsche Volk ist aber nicht gewillt, sich niederringen zu lassen. In ihm lebt auch heute noch wie am Anfange des Krieges der mächtigste Wille zum Siege fort.

Daß in England zu dem wirtschaftlichen Vernichtungskriege gegen Deutschland sich so ziemlich alles verschoren hat und selbst Gewerkschaftsführer darin den ärgsten Schreibern sekundieren, steht — leider — fest. Paul Leitch nimmt sich deshalb in seinen kürzlich erwähnten Artikel im „Mediarech“ den Hauptbeamten des zu den größten englischen Organisationen zählenden Verbandes der Eisen- und Stahlarbeiter wegen dessen höchst bezeichnender Aufforderung an die Mitglieder: „Die Pflicht unserer Mitglieder während des Krieges besteht darin, bei der Überwindung der Deutschen auf wirtschaftlichem Gebiete zu helfen. Die Unternehmer werfen sich schon in den großen Kampf, um den deutschen Handel zu erobern. Ohne unsere Anstrengung aber wird deren Kampf nutzlos bleiben — wir müssen beide siegen!“ aus dem mit der gravierenden Feststellung: „Was nach der Vernichtung der deutschen Industrie aus der deutschen Arbeiterklasse wird, ist diesem trefflichen internationalen Generalsekretär absolut gleichgültig.“ In Großbritannien machen allein die kleine Un-

abhängige Arbeiterpartei und die Erländer eine Ausnahme von der Regel. Selbst einige im Vordergrunde stehende Personen, die anfänglich dem Kriege gegen Deutschland abgeneigt waren, haben der allgemeinen Stimmung in ihren Kreisen nachgegeben. Für Frankreich besteht auch kein Zweifel, daß unter den sozialistischen Führern nicht einer für baldigen Frieden ist. Der extreme Nationalist, dem nicht mehr das Feuer der Jugend als Entschuldigend dienen kann, ruff sogar mit dem mit allen Wässern gefaßten Clemenceau um die Wette nach japanischen Landstruppen zur Unterstützung der Weismächte. In der „Humanität“, dem französischen „Vorwärts“, wird das Andenken von Jean Jaurès sehr schlecht gewahrt, indem das Zentralorgan nicht mehr dem Frieden oder dessen beschleunigter Herbeiführung, sondern der Fortführung und Verhärtung des Krieges dienbar ist. Die französische sozialdemokratische Fraktion hat mit der permanenten Verwaltungskommission eine Weisnachtsbotschaft erlassen, in der zwar von der „gemeinsamen Sache“ mit dem Sozialismus kein Wortchen zu finden ist, dafür aber von der Haltung in der Kammer am 22. Dezember mit Genugtuung erklärt wird: „Gefreue der Disziplin der Einigkeit, welche die Nation sich dem Feinde gegenüber auferlegt hat, hat die sozialistische Fraktion im Parlament auch nicht mit einem Worte die von allen Franzosen beschlossene Einheit trüben wollen.“ Das Berner sozialdemokratische Organ bedeutet deshalb den französischen Parteiführern, daß es ihnen schlecht ansteht, die deutsche Reichstagsfraktion wegen ihres Verhaltens zu kritisieren oder zu verurteilen. Es bedauert, daß sich in der französischen Kammer kein zweiter Liebknecht erhoben habe, und bezeichnet diese Feststellung um so mehr als sozialistische Pflicht, „als Liebknecht den französischen Arbeitern als Vorbild hingestellt wird, ohne daß die Kreise, die das tun, den Sinn und die Bedeutung der Haltung Liebknechts als Richtschnur für ihr eigenes Handeln nehmen würden.“ Es könnte wahrlich nichts schaden, wenn der den französischen Parteiführern hier aus der neutralen Schweiz vorgehaltene Spiegel die notwendige Selbstbesinnung und Selbsterkenntnis zurückbringen würde. Das um so mehr, als in dem Manifest vom 25. Dezember Fraktion und Parteileitung obendrein mit dem Gedanken des Rückfalls von Elsaß-Lothringen an Frankreich spielen, während die unläßlich ausgesprochene Erklärung Marokkos als französische Provinz bei ihnen keine Bedenken erregte, wiewohl der in der französischen Einflußsphäre Marokkos ausgebrochene große Aufruhr die Jünelung der Marokkaner zum französischen Regimente doch in denkbar ungünstigstem Licht erscheinen läßt. Dies zum besseren Verständnis der Bemerkungen des „Grundstein“ über England und Frankreich, wo im Gegenseite zu Deutschland die Neigung zum Frieden auch bei der Arbeiterschaft recht gering ist, soweit sich das aus der Haltung der führenden Kreise schlußfolgern läßt.

Die „Solgarbeiterzeitung“ trifft nicht nur das „Mißgeschick“ in der Veröffentlichung des „Wesens“ dieser fürchterlichen Dinge, auch ihre Reflexionen über das „Warum“ und „Woher“ diese Ereignisse sind interessant und zutreffend, nämlich:

Das Naderwerk des Wirtschaftslebens muß inkind gehalten werden. Auch das ist eine nützliche Befähigung im Interesse der Vaterlandsverteidigung. Um so notwendiger und nützlicher, als dieser Weltkrieg letzten Endes ein Krieg gegen das deutsche Wirtschaftsleben ist. Der Export soll unterbunden, die deutsche Industrie lahmgelegt werden. Solche Absichten zu verhindern, hat die deutsche Arbeiterschaft ein sehr lebhaftes Interesse. Das ist ein Grund mehr für uns, unser Möglichstes zum Siege der deutschen Waffen beizutragen.

Der Krieg, und was damit in Zusammenhange steht, nimmt unwillkürlich unser Interesse dermaßen in Anspruch, daß daneben alles andre klein und unbedeutend erscheint. Die fünf Monate Krieg haben in unsern Lebensverhältnissen und in unsern Gedankenwelt eine solche Umwälzung hervorgerufen, daß uns beinahe der Maßstab für die Ereignisse vor dem Kriege verloren gegangen ist. Manche Vorgänge, die uns seinerzeit höchst bedeutsam vorkamen, sind in den Hintergrund gedrängt, sie scheinen uns, wenn wir uns ihrer jetzt erinnern, in einer nebelgrauen Ferne liegend, und es überrascht uns, wenn wir uns vorstellen, daß erst wenige Monate darüber ins Land gegangen sind.

Einen sehr verständigen Artikel brachte die „Metallarbeiterzeitung“ zur Jahreswende. Zunächst wird gesagt:

Noch schweben unsre Gegner in der bedrängigsten Abwehrhaftigkeit, mit der sie von Anfang an den Uberschall auf uns eingeleitet haben. Sie wollen bekanntlich die „Demokratie“ vor dem „Militarismus“ erretten, dann aber auch Deutschland politisch zerstückeln und wirtschaftlich zugrunde richten, auf daß „jedermann in England um so viel reicher werde“. Aber wir dürfen doch bei nüchternster Abschätzung der Kräfte und Hilfsmittel der Abwehrgung sein, daß solchem Gerede durch den Sieg der deutschen Waffen ein bitteres Ende bereitet werde.

In der Weiterentwicklung seiner wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen werde Deutschland noch mehr als jeher auf sich selbst gestellt sein, denn:

Gewiß werden alle internationalen Beziehungen nach einiger Zeit wieder aufleben, das Gefüge der Weltwirtschaft wird sich wieder schließen, weil wir ohne die andern Völker und die ohne uns — trotz allem Abwärtensgedränge der „Kulturträger“ gegen die teutonischen „Barbaren“ — einfach nicht auskommen können. Aber der Schwerpunkt künftigen Geschehens liegt für Jahre hinaus sicherlich in der inneren Wirtschaft und in der Gestaltung der inneren politischen Verhältnisse. Deutschlands geographische Lage zwingt ihm nur der dauernden Gefährdung durch andre Mächte auch die Verpflichtung

auf, solcher Gefährdung nach Möglichkeit aus eignen Kräften Herr zu werden.

Von der wirtschaftlichen Seite biete sich ein viel ernsteres Bild für Deutschland als von der militärischen; in dieser Beziehung sei der Arbeit vielleicht schon gewonnen, ist die Meinung des Metallarbeiterorgans. Während bei der letzten Ansicht mehr der Wunsch der Vater des Gedankens ist, kann der ersteren nur beigeprüft werden. Auf 22 Milliarden Mark belief sich der deutsche Außenhandel im Jahre 1913. Auch bei einem glücklichen Ausgange des Krieges wird es schwer halten, von diesem außerordentlich wichtigen Faktor so viel zu retten, daß das wirtschaftliche Leben Deutschlands nicht zu sehr leidet. Die wirtschaftspolitischen Maßnahmen finden dann sowohl Anerkennung als auch Kritik. Aber zur Kritik müßte auch der Entschluß und die Fähigkeit tatkräftiger Mithilfe kommen. Was nützt z. B. die Forderung der „sofortigen Beschlagnahme alles Brotgetreides“, wenn man nicht angeben könnte, wie das zu machen sei und woher die Organe genommen werden sollen, „eine gewaltig umfangreiche Seite unres ganzen Wirtschaftslebens in kürzester Frist von Grund aus neuzugestalten?“ Eins hänge in unsern wirtschaftlichen Dasein am andern; mit tausend Fäden sei alles miteinander verweben. Wörtlich fährt die „Metallarbeiterzeitung“ fort:

Damit ist natürlich nichts gegen die Wünschbarkeit, Durchführbarkeit, ja Notwendigkeit radikaler staatssozialistischer Maßnahmen gesagt, sondern nur ein Warnungssignal für vorläufige Minder errichtet. Unre verantwortlichen Gewerkschaftsteilungen haben seit Monaten in angestrengter Arbeit die wirtschaftlichen Fragen des Kriegszustandes und unrer nächsten Zukunft teils selbständig, teils mit den Vertretern der Regierungen bearbeitet, vieles schon erreicht und jedenfalls den Beweis geliefert, daß sie sich ihrer Verantwortung im vollsten Maße bewußt sind.

... Darum sehen wir den Augenblick herbei, wo wir in gelicherem Frieden die reichen Früchte blutiger Saat ernten können, in freuem Gedanken an die, die der Sache zum Opfer fielen, in verantwortungsvoller Sorge für die, die nach uns kommen werden.

Qualitativ ist die Ausbeute der bemerkenswertesten gewerkschaftlichen Preshimmen zum Jahreswechsel gewiß bedeutsam. Bei aller Zuversicht auf den Sieg der deutschen Sache kein Phrasentum und auch keine Illusionspolitik, keine falschen Anschuldigungen gegen unre Feinde und auch keine Herabsetzungen, sondern durchweg der ernste Wunsch, den Krieg bald beendet zu sehen, und der feste Voratz, im Frieden dann Früchte reifen zu lassen, die ein lo großes und starkes Volk trotz der Verschiedenheit der Interessen allgemeiner befriedigen.

Sozialgesetzgebung und bürgerliches Recht

Wann sind die Krankenkassen zur Zahlung von Unterstützungen an Kriegsteilnehmer verpflichtet, wenn der Unterstützungsfall in Feindesland eintritt?

Der Schriftleiter Otto F. aus Magdeburg war vom 10. Oktober 1913 bis 5. August 1914 Mitglied der Graßhölischen Ortskrankenkasse in Magdeburg. Er wurde an diesem Tage zum Meer eingezogen und erlitt den Heldentod in einem Gefechte bei Dvynbrügge in Belgien am 26. August 1914. Die freiwillige Mitgliedschaft war nicht angemeldet worden. Seine Witwe wurde mit ihrem Anspruch auf Sterbegeld abgewiesen.

Das Arbeitersekretariat Magdeburg klagte beim Versicherungsamt unter Berufung auf § 214 der Reichsversicherungsordnung. Hiernach haben wegen Erwerbslosigkeit aus der Kasse ausstehende Mitglieder noch dann Anspruch auf die Regelleistungen, wenn der Versicherungsfall innerhalb drei Wochen eingetreten ist. Das war hier der Fall, der Tod war einen Tag vor Ablauf der dreiwöchigen Frist eingetreten. Die Kasse begründete ihre Ablehnung damit, daß Erwerbslosigkeit bei Soldaten nicht vorliege, besonders nicht bei Kriegsteilnehmern; vielmehr bestände eine versicherungspflichtige Beschäftigung. Denn der Kriegsteilnehmer erhalte Löhnung, Nahrung, Kleidung, seine Angehörigen Unterstützung vom Staate. Das sei der Entgelt für seine Dienste. Der Staat trete gewissermaßen an die Stelle des Unternehmers. Außerdem könne der § 214 RVO. auch nicht Anwendung finden, weil der Tod im Ausland eingetreten sei, und der Anspruch in diesem Falle nach dem letzten Absätze deselben Paragraphen weg falle. Das Notgesetz vom 4. August 1914 betreffend die Erhaltung der Anwartschaft beziehe sich aber nur auf diejenigen Personen, die der § 313 RVO. im Auge habe, nämlich die ihre freiwillige Mitgliedschaft gemeldet haben. Der Vertreter der Klägerin hingegen behauptet, daß mit dem § 1 des Notgesetzes schließlich alle Personen getroffen werden sollten, die aus der versicherungspflichtigen Beschäftigung in das Ausland durch den Seeresdienst geführt werden.

Das Versicherungsamt entschied, daß die Kasse das Sterbegeld im Betrage von 120 Mk. an die Witwe zu zahlen habe. Es sei in der gesamten Rechtsprechung und Literatur unbestritten, daß der Seeresdienst Erwerbslosigkeit bedeute. Die Löhnung sei kein Entgelt, sondern die notwendige Zuwendung, um die dem Staate gehörende Dienstleistung und Ausrüstung in Stand zu halten. Die Familienunterstützung soll die Angehörigen des Krieges nur vor der äußersten Not und Verarmung schützen. Die Dienstzeit opere der Soldat lediglich dem Staate. Das Merkmal des Entgelts treffe daher auf beides nicht zu, es bestehe sonach tatsächlich Erwerbslosigkeit. Die Frei-

heit, seine Kräfte seinem Unterhalt und Verdienste nutzbar zu machen, fehle ihm; das sei aber das erste und wichtigste Merkmal der Erwerbsfähigkeit. Auch kann dem nicht zugestimmt werden, daß das Notgesetz die in § 214 RVO. genannten Personen nicht habe treffen wollen. Denn der Zufallsfall im Ausland ist hier ein unretwilliger, durch den Seeresdienst hervorgerufenem gemeten, ebenso wie bei denjenigen, die in § 313 RVO. genannt sind. Das Notgesetz muß sinngemäß auch auf den § 214 RVO. angewendet werden. Da auch die übrigen Voraussetzungen für den Anspruch erfüllt sind, mußte die Kasse zur Zahlung verurteilt werden.

Nach der Denkschrift des Reichstages und der dem Reichstage vom Reichskanzler gegebenen Begründung (Drucksachen Nr. 26, S. 58 und Nr. 13) kann es keinem Zweifel unterliegen, ob die Kasse in dem angezogenen Fall unterstützungspflichtig ist. Der Wille des Gesetzgebers war es danach, wirtschaftliche Schädigungen von den Betroffenen abzuwenden und ihnen diejenigen natürlichen Leistungen zu sichern, die ihnen durch die Einberufung verloren gehen könnten. Das würde hier aber der Fall sein. Denn es besteht kein Streit darüber, ob die Kasse zu leisten hätte, wenn im genau gleichen Falle der Tod oder die Krankheit im Inlande, vielleicht bei einer Schlacht auf deutschem Boden, eingetreten wäre. Die Einwendungen der Kasse aber, daß Erwerbsunfähigkeit aus den von ihr bezeichneten Gründen nicht vorliege, sind verfehlt und finden nirgends eine Stütze.

Die Krankenkassen sind also zur Zahlung der Regelleistungen an Kriegsteilnehmer nach § 214 RVO. dann verpflichtet, wenn Tod oder Krankheit in den ersten drei Wochen nach dem Ausscheiden aus der Beschäftigung eintritt; ganz gleich, ob dies im Ausland oder Inland geschah. Trifft der Versicherungsfall aber später ein, dann haben nur diejenigen Anspruch, die ihre freiwillige Mitgliedschaft gemeldet und erhalten haben.

Magdeburg. Gustav Krüger.

Korrespondenzen

Berlin. (Bereit der in Schriftleiterkreise beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.) Vor Eintritt in die Tagesordnung der Generalversammlung am 14. Dezember wurde das Andenken der verstorbenen Kollegen P. Gröhner, der Invaliden G. Bolle und Straßer sowie der auf dem Felde gefallenen Kollegen Werfelkongel, Zwickler Supplies und der anderweitigen Kollegen in der üblichen Weise geehrt. Unter „Bereinsmitteilungen“ gab der zweite Vorsitzende bekannt, daß die Arbeitslosigkeit jetzt noch schlechter ist, als vorausgesehen war. Eine größere Firma ist zum Granatbau übergegangen und beschäftigt ihr bisheriges Personal in der vereinbarten Weise. Eine Rücksprache mit den übrigen größeren Firmen, sie zu veranlassen, andre Arbeitsgelegenheit zu schaffen, hat stattgefunden. Das Resultat war, daß kein Entgegenkommen gezeigt wurde. Früher wurde von den Unternehmern im Schriftleitergewerbe geklagt, daß keine Arbeitskräfte vorhanden seien, und jetzt wollen sie für diese keine Kostenaufgaben verrichten lassen, um ihnen zu helfen! Dieses Verhalten löste lebhaften Kritik aus. Die meisten Kollegen sehen sich gezwungen, in einem andern Berufe Beschäftigung zu suchen. Bei dem Punkte „Geldbewilligung zum Weihnachtseste“ wurde der Antrag des Vorstandes, den Arbeitslosen, Invaliden sowie den Witwen der in den letzten drei Jahren verstorbenen Mitglieder eine Unterstützung zu gewähren, einstimmig angenommen. Auch ein Antrag, den im Felde stehenden Kollegen eine Kleinigkeit auszuwenden, fand Zustimmung. Mit einem Appell, im neuen Jahre das Band der Organisation aufrecht zu erhalten, und mit dem Wunsch auf baldige Heimkehr der im Felde stehenden Kollegen schloß der zweite Vorsitzende die der Zeit angemessene besuchte Versammlung.

r. Celle i. S. (Vierteljahrsbericht.) In der am 10. Oktober abgehaltenen Monatsversammlung wurde der Klassenbericht für das dritte Quartal erstattet. Eine Feststellung ergab, daß unre Mitglieder von Arbeitslosigkeit wenig betroffen wurden, wohl aber einige Druckereien ihre Gehilfen bei gekürzter Arbeitszeit beschäftigen. Durch Abgang zum Meere mußten die Revisorenposten neu besetzt werden. — Die „Bereinsmitteilungen“ der Versammlung am 14. November liegen wieder ein Sinken des Mitgliederstandes durch Eintritt zum Kriegsdienst erkennen, ohne daß die Druckereien vollen Ersatz einklinken. — Am 12. Dezember fand die letzte Versammlung des Jahres statt. Sämtliche Druckereien am Orte lassen mit vollem Personale wieder normal arbeiten. Arbeitslose sind nicht vorhanden. Das Aufnahmegerüst eines Kollegen wurde unter Zustimmung der Versammlung weitergegeben. Die Kartelldelegierten wurden wiedergewählt, während sich abermals die Neuwahl eines Revisors nötig machte. Der Ertrag einer Sammelkiste wurde für Weihnachtsspenden an unre im Meere befindlichen Kollegen verwandt.

Offen. (Vierteljahrsbericht.) Das letzte Vierteljahr des so ernsten Jahres 1914 brachte uns noch zwei Versammlungen, die beide einen nur mäßigen Besuch aufwiesen. Zu der Versammlung am 8. November waren auch die Frauen der Kollegen eingeladen. Dieser Einladung war bedauerlicherweise nur in sehr geringer Weise entsprochen. Landtagsabgeordneter Otto Süé sprach über: „Die Wirtschaftlichen Folgen des Krieges“, die für die Arbeiterschaft eine starke Belastungsprobe bilden. Sie ans und durchzuführen, sei nur möglich, wenn die Arbeiterschaft in ihrer Treue zu ihren wirtschaftlichen Organisationen nicht wankend würde. In dieser schweren Zeit müsse es unre Hauptaufgabe sein, dafür zu sorgen, die Organisationen

auch nach dem Krlege lebensfähig und kaffkräftig zu erhalten. Der Referent fand den ungeheuren Beifall der Versammlung. Dann teilte Kollege Krauß die Zahlen des Mitgliederandes vom 1. November mit: Arbeitslose 8, zur Fahne einberufen 135, bei Krupp beschäftigt 70, Straßenbahn und Volk 8; ausgezahlt wurden an Unterstützungen bis 1. November 11820,25 Mk. Leider hat sich von den 70 bei Krupp beschäftigten Kollegen ein Teil geweigert, trotz guter Löhne (70, 80, 90, Mk. bei allerdings viel Überstundenarbeit in 14tägiger Lothperiode) den Beitrag für ihre arbeitslosen Kollegen zu opfern. Es ist darum zu begrüßen, daß seitens des Verbandsvorstandes auch für diese Mitglieder die Beitragspflicht ab 1. November festgesetzt ist. Ein weiterer Punkt der Tagesordnung betraf die Erhöhung des Ortsbeitrages um 15 Pf. Durch den Krieg und die Verpflichtungen, die der Ortsverein für die Hinterbliebenen der im Felde stehenden Kollegen auf sich nahm, ist das Vereinsvermögen von 2000 Mk. auf einige hundert Mark zusammengesunken. Wollte man den übernommenen Verpflichtungen weiter nachkommen, war eine Erhöhung des Ortsbeitrages unbedingt notwendig. Die Versammlung erkannte diese Notwendigkeit an und stimmte der Erhöhung des Ortsbeitrages einstimmig zu. Als erster Erhebungstermin wurde die Woche vom 9. bis 14. November festgelegt. — Der 13. Dezember brachte uns eine Doppelversammlung: Bezirksversammlung mit anschließender Versammlung des Vorortes. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte Vorsitzender Krauß in warmen Worten der auf dem Schlachtfelde gefallenen Kollegen Maßen, Schweihelm, Strohmeyer, Wämpfer, Hofmann, alle dem Essener Ortsverein angehörend. Die Anwesenden ehrten das Andenken der Toten in üblicher Form. Das Hauptinteresse der Versammlung richtete sich auf den Vortrag des Redakteurs Minkler (Duisburg) über: „Das amerikanische Zeitungswesen“. Der Vortragende verstand es meisterhaft, die Zubörer die Eigenarten des amerikanischen Zeitungswesens darzulegen. Das Großzügige, Umfassende der amerikanischen Zeitungstechnik wäre auch den Deutschen zu wünschen, dafür wäre aber den Pankees mehr deutsche Gründlichkeit zu empfehlen. Die Ausführungen über die gewerkschaftlichen Verhältnisse unserer Kollegen in Amerika bildeten eine willkommene Zugabe. Bei den „Mittelungen aus den Ortsvereinen“ konnte festgelegt werden, daß Arbeitslose fast nicht mehr im Bezirke vorhanden sind; eine Folge der Weihnachtszeit und der Kruppischen Fabrik, bei der nach wie vor 70 Kollegen beschäftigt sind. Geplagt wurde über Maschinenmangel. Empfohlen wurde, daß man den betreffenden Firmen den Rat geben solle, sich nach Berlin zu wenden, um Arbeitskräfte zu erhalten. Von Gesenkirchen wurde über das Überstundenwesen geklagt, an dem die Kollegen ebenfalls Schuld tragen wie die Geschäftsleitungen. Damit war die Tagesordnung erschöpft und es folgte die Versammlung des Ortsvereins Essen. Aufnahme in den Verband fanden zwei Kollegen, dem Ausschusse wegen Bestreitens verfielen dagegen drei Kollegen. Für Weihnachtsunterstützungen wurden bewilligt für zwei Witwen 10 Mk., für die Arbeitslosen 3 Mk., für Durchreisende freies Mittag- und Abendessen an beiden Freitagen. Allgemein wurde bedauert, infolge der starken Inanspruchnahme unserer Kasse in diesem Jahre nicht mehr leisten zu können. Zugleich verwies der Vorsitzende darauf, daß im Januar eine weitere Beitragserhöhung nicht zu umgehen ist.

K. Graubenz. (Werkfahrtsbericht). In der am 25. September abgehaltenen Versammlung wurde als wesentlicher Punkt die Erhöhung des Ortsbeitrages um 40 Pf. beschlossen zur Unterstützung der Angehörigen der im Felde stehenden Kollegen. — Die Versammlung am 23. Oktober hatte eine Neuaufnahme zu verzeichnen. Der Vorsitzende ermahnte den jungen Kollegen; auch in dieser ersten Zeit stets treu zum Verbands zu halten und seine Pflichten gegenüber der Organisation zu erfüllen. Sodann berichtete Kollege Thimm in einer allgemeinen Übersicht über die Einträge und Erfahrungen auf der Buchgewerbeausstellung in Leipzig. Er wußte seinen Vortrag interessant auf zu gestalten, so daß ihm reichlicher Beifall zuteil wurde. Auf Tischen waren die aus Leipzig mitgebrachten Reklamendruckfachen ausgelegt, die viel Beachtung fanden. — In der am 4. Dezember abgehaltenen Versammlung gedachte Vorsitzender Thimm vor Eintritt in die Tagesordnung des im Osten auf dem Felde der Ehre gefallenen Kollegen Ritter als eines der strebsamsten Mitglieder unseres Ortsvereins und widmete ihm einen ehrenvollen Nachruf. Die Versammlung ehrte das Andenken des Verstorbenen in üblicher Weise. Alsdann berichtete Kollege Kullik über das Maschinenwesen auf der „Bura“, wobei er einige Aufklärungen über Offset- und Liederdruck gab. Zu den beiden sehenswürdigsten Druckverfahren hatte der Referent einige Zeichnungen angefertigt, um den Kollegen dieses Druckverfahren besser vor Augen zu führen. Reicher Beifall belohnte ihn für seine Ausführungen. Den Kartellbericht erstattete Kollege Thimm und führte unter anderem an, daß der Kartellvorstand eine Ausnahmestelle in Unterstützungsfragen für Kriegerfrauen eingerichtet hat. Zum Schluß ermahnte der Vorsitzende die Kollegen, stets ihren Verpflichtungen dem Verbands gegenüber auch in dieser schweren Zeit nachzukommen, und schloß mit einem Hoch auf den Verband die Versammlung. — Die ausgelegten diesjährigen Johanniseftdruckfachen des B. d. D. S. G. wurden eingehend besichtigt. Der Versammlung wohnten auch auswärtige Kollegen im Waffenrock bei.

Kreis: Fr. Grothen (Mölin), Bernhard Welke (Berlin), Alfred Karbe (Bernau), Albert Gewinner (Breslau), Bruno Deub (Sihlene), Robert Kleinhalz und Walter Schibbe (Danzig), Robert Wehmann und Hugo Schönberg (Dresden), Hermann Wilde (Dortmund), Theodor Linden, Jakob Meinhardt und Karl Soltau (Düsseldorf), Felix Bohne und Otto Becher (Gera), Ernst Schaper (Hannover), Gustav Fedwilla (Königsberg), Friedrich Schmadtke (Kandsee), Richard Rennschub (Leipzig), August Klindenberg (Merzenich), Selmut Vereifer (Neumünster), Max Heinze (Nörthelm), Joseph Spata (Reichenbach i. Schl.), Hermann Scharfenberg (Salungen), Bernhard Hüß (Sonnenberg), Paul Brandt (Stargard) und Artur Schmidt (Wülfegiesdorf). Damit haben bis jetzt 321 Verbandsmitglieder diese militärische Auszeichnung erworben.

Vorbildliche Kriegsheilfen. In Altona gewährt die Buchdruckerei Chr. Wobff den Frauen ihrer zum Felddienst eingezogenen Arbeiter eine wöchentliche Beihilfe von 5 Mk. sowie für jedes Kind 1 Mk. In Bremerhaven gewährt die Buchdruckerei der „Nordwestdeutschen Zeitung“ den Frauen ihrer zum Kriegsdienst einberufenen Buchdrucker einen monatlichen Zuschuß von 30 Mk., zählt die Krankenhallenbeiträge weiter und ließ ihnen zum Weihnachtsfest ein besonderes Geschenke in Höhe von je 50 Mk. zukommen.

Schiffenauslosung. Für das laufende Jahr wurden als Schiffe folgende Kollegen ausgelost: Alwin Andreas und Hermann Elle in Gießen sowie Ernst Schnoor in Neumünster.

Die Kriegsversicherung der „Volksfürsorge“. Nach einem neueren Berichte waren bis Mitte Dezember v. J. von der Kriegsversicherung der „Volksfürsorge“ für 14480 Personen 21028 Anteilsscheine gelöst worden, so daß jetzt 105140 Mk. zur Verteilung stehen. Nimmt man nun an, daß 5 Proz. der Versicherten im Krieg ihr Leben einbüßen, so kommt auf einen Anteilsschein durchschnittlich der Betrag von über 100 Mk. als Gegenleistung für eine Prämie von nur 5 Mk. — Auch in den übrigen Versicherungszweigen erfreut sich die „Volksfürsorge“ trotz der Kriegslage einer geliebten Balis. Rund 300 Rechnungsführer wurden zu den Fahnen einberufen; trotzdem ist es jedoch gelungen, die Organisation vollständig in Ordnung zu halten. Daher konnte das Geschäft in erfreulicher Weise fast ungeändert fortgeführt und die eingegangenen Versicherungen aufrecht erhalten werden. Da auch die Neuaufnahme von Anträgen sich wieder gehoben hat, darf man die Hoffnung haben, daß die „Volksfürsorge“ die schwierige Zeit des Krieges besser überleben wird, als man beim Beginne geglaubt hat.

Der desavouierte „Sozialist“. Das von uns durch besondere Anmerkung zum Situationsbericht aus Mülhausen i. E. in Nr. 2 als skandalös bezeichnete Verhalten des sozialistischen Arbeitervertreters Emmel, der es mit seiner Aufgabe als Arbeitervertreter im Mülhauser Gemeindeausschusse vereinbar hielt, in der Frage der städtischen Arbeitslosenunterstützung für die volle Anrechnung der Gewerkschaftsunterstützungen einzutreten, hat inzwischen schon eine scharfe Korrektur durch die in Frage kommende sozialdemokratische Fraktion erfahren. Diese stimmte in einer entscheidenden „Zwölftekommission“ für eine gerechtere Würdigung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und ließ damit Emmel im Stiche. Dieser kam dadurch in eine arge Klemme und suchte sich in der Gemeindeausschussung am 5. Januar mit prinzipiellen Spitzfindigkeiten aus der Patsche zu ziehen, was aber nur noch deutlicher werden ließ, daß er in dieser Frage ziemlich allein auf weiter Flur war und sich von unzweifelhaften Grundfragen in der Vertretung von Arbeiterinteressen merkwürdig weit entfernt hat. Seine wunderbare Logik, daß durch Nichtanrechnung der gewerkschaftlichen Unterstützungen und bei Auszahlung der städtischen Arbeitslosenunterstützung den Mitgliedern der Gewerkschaften ein Extravorteil geboten würde, hat nur auf Seite der Arbeitergegner den größten Beifall gefunden, aber bei der Arbeiterschaft in Mülhausen selbst nicht nur Kopfzuckeln, sondern durchweg berechtigte Entrüstung hervorgerufen und allgemein den Wunsch zur Reife gebracht, für die Zukunft die Möglichkeit solcher Extravorteile eines Arbeitervertreters unmöglich zu machen. Die Desavouierung Emmels durch die sozialdemokratische Fraktion ist die erste Folge dieses Wunsches und beehrt den Leidtragenden jedenfalls deutlich genug, daß mit Prinzipienreiterei heutzutage kein Staat mehr zu machen ist.

Verbot der Nacharbeit im deutschen Bäckergerwebe. Der Bundesrat hat dieser Tage verschärfte Bestimmungen über das Ausmahlen des Getreides und die Bereitung der Backwaren beschlossen. Es sind danach u. a. alle Arbeiter, die zur Bereitung von Backwaren dienen, in Bäckereien und Konditoreien, auch wenn diese nur einen Nebenbetrieb darstellen, in der Zeit von 7 Uhr abends bis 7 Uhr morgens verboten. Die Verordnung tritt am 15. Januar in Kraft. Als 1896 die bekannte, zum größten Teil auf die Bebel'sche Artikel zurückzuführende Bäckereiverordnung erlassen wurde, wurden zwischen Meistern und Gehilfen sehr heftig um den Fortbestand der Nacharbeit gekämpft. Die Meister legten, die Nacharbeit blieb bestehen. Die neuße Bäckereiverordnung ist nicht von sozialpolitischen Gründen bestimmt. Ihr klarer Zweck ist, eine Einschränkung des Weizenverbrauchs zu erreichen; für diesen bildete aber das frische Morgenbrötchen den stärksten Anreiz. Weizenbrot von heute schmeckt besser als Roggenbrot von gestern. Weizenbrot von gestern — zumal das mit einem gehörigen Einschlage von Roggen verlebene „Weizenbrot“ der Zukunft — schmeckt aber kaum so gut wie Roggenbrot von gestern. Wenn der Verbraucher auf das frische weiße Frühstücksbrötchen verzichten muß, wird er sich in stärkerem Maß als bisher dem Roggenbrote zuwenden.

Dies aber ist der Zweck der Abung. Die Bäckermesser fühlen sich dadurch schwer getroffen. Die Verbraucher werden aber des Morgens mit gutem Appetit ihr Brötchen verzehren in dem angenehmen Bewußtsein, dadurch für hunderttausende fleißige Arbeiter eine ungehörte Nachruhe ermöglicht zu haben. Es ist daher dringend zu wünschen, daß diese neuße Verordnung des Bundesrates sich bewährt und nicht nur dazu beiträgt, den wirtschaftlichen Zweck zu erreichen, sondern auch die gesundheitslichen Vorteile der Tagesarbeit gegenüber der Nacharbeit deutlich in Erscheinung treten läßt; damit das Verbot aus einer Kriegsnotwendigkeit zu einer dauernden Errungenschaft auch für den Frieden wird. Für die Frage der Nacharbeit im allgemeinen wird das Verbot zweifellos von belohnter Tragweite sein, wenn es sich bewähren sollte. Daß dies möglich wird, kann durch entsprechendes verständiges Verhalten, besonders auch der Konsumenten aus Arbeiterkreisen, wesentlich gefördert werden.

Zur Lage des Handwerks. Die letzten Monate haben auf die Lage des Handwerks tief eingegriffen, aber nicht einseitig gewirkt. Ein großer Teil ist durch den Krieg sogar günstig beeinflusst worden und hat dadurch alle Schwierigkeiten bisher ziemlich leicht überwinden können. Dazu gehören vor allem die Betriebe der Nahrungsmittelindustrie, die Bäckereien und Schlächtereien. Hier ist die Arbeitslosigkeit günstig geblieben, vielfach sogar noch gestiegen. Die Gesehungskosten haben sich zwar erhöht, die Beschaffung der Arbeitskräfte war oft mit großen Schwierigkeiten verbunden, aber die Preise konnten so normiert werden, daß der Verdienst nicht zurückging, sondern durchschnittlich gestiegen sein dürfte. Ein wesentliches andres Bild bietet schon die Lage der Handwerksbetriebe, die von der Bauwirtschaft abhängen. Für sie ist eine Abnahme der Arbeitsgelegenheit eingetreten, die freilich in den verschiedenen Berufen sehr ungleichartig ist. Sehr stark ist sie z. B. in den Tischereien. Wieder einen andern Anblick gewähren die Handwerksbetriebe in der Gewerbegruppe Bekleidung und Reinigung. Soweit es einem Teil dieser Betriebe gelungen ist, Kriegsaufträge zu erhalten oder an solchen sich zu beteiligen, haben sich bei ihnen Beschäftigung und Verdienst sehr günstig gestaltet. Freilich hat von dieser Mehrzahl guter Arbeitsgelegenheit nur ein Teil der überaus zahlreichen Betriebe Vorteil. Der große Rest ist namentlich in kleinen Städten und auf dem Lande recht schlecht gestellt. Jedenfalls würde man einen großen Irrtum begehen, wenn man die in die Augen fallenden Lichtseiten verallgemeinern würde. Was das Handwerk gegenwärtig vor allem drückt, das ist einmal der Mangel an Kredit und dann die Verseuerung des Kredits. Der Kriegsdiskont von 6 Proz. hat zur Folge, daß die Handwerker, soweit sie ihre Rohstoffe und Betriebsmaterialien nicht bar bezahlen, recht hohe Zinsen zahlen müssen, wozu noch kommt, daß die Preise für die Stoffe selbst ebenfalls stark in Preise gestiegen sind. Dazu kommt, daß die Versorgung mit den nötigen Arbeitskräften vielfach sehr zu wünschen übrig läßt. Arbeitgeber, die Kriegsaufträge haben, können ganz andre Löhne bieten als Arbeitgeber, die nur mit den Aufträgen ihrer bisherigen Privatwirtschaft zu rechnen haben. Können nun die Vermehrung der Gesehungskosten durch höhere Preise ausgeglichen werden, so würde man über die gekennzeichneten Schwierigkeiten hinwegkommen. Aber aus verschiedenen Gründen ist das nicht möglich. Die Arbeitsgelegenheit geht z. B. in der Schneiderei, soweit die Privatwirtschaft in Frage kommt, zurück, so daß gleichzeitig der Wettbewerb wächst. Der Wettbewerb hat aber nicht nur zur Folge, daß die Preise gedrückt sind, sondern daß auch die Zahlungsbedingungen nicht zugunsten der Handwerker gebessert werden können. Man muß nach wie vor kreditieren, wenn man nicht Gefahr laufen will, einen Teil seiner Kundenliste zu verlieren. Und so ergibt sich als Effekt der Geschäftslage für zahlreiche Betriebe des Handwerks ein merkliches Sinken des Verdienstes. Es treten namentlich die nachteiligen Wirkungen der Aberseheheit im Handwerk viel stärker hervor, als dies während der Friedenszeit je der Fall gewesen ist. Viele Betriebe werden diesen schwierigen Einflüssen nicht standhalten können, sondern ihnen über kurz oder lang erliegen. Eine derartige Prognose hört man nicht gern, um so weniger gern, als gegen den sich vollziehenden Reinigungsprozess wenig zu machen ist. Hauptächlich werden Betriebe des Bauhandwerks und der Schneiderei in Mitleidenschaft gezogen werden, aber auch in der Buchbinderei, im Friseurgerwebe, in der Gärtnerei und in noch manchem andern Berufe sieht es zum Teil schon recht unbefriedigend aus. Hier macht sich die spärlichere Wirtschaftsführung der Bevölkerung in einer starken Abnahme der Arbeitsgelegenheit schon jetzt geltend, und diese ungünstige Entwicklung wird sich in nächster Zeit noch verschärfen. So sind die Ausflüchte für einen Teil der Handwerksbetriebe auf alle Fälle recht unzureichend, und es ist für die bedrohten Existenzen kein Trost, wenn man andererseits darauf hinweisen kann, daß in manchen Gewerbegruppen das Handwerk gerade gegenwärtig recht gut gedeiht.

Gegen den Liebesgabenwucher. Nach amtlichen Mitteilungen aus der Tagespresse wird es immer dringender, gegen eine skrupellose Liebesgabenindustrie Abwehrmaßnahmen zu ergreifen. Die in Frage kommende amtliche Stellungnahme zu dieser Angelegenheit besagt u. a. folgendes: „Ein unerfreuliches Kapitel bildeten schon in der Geschichte des Krieges von 1870/71 die berüchtigt gewordenen Liebeszigaretten. Diese minderwertigen Zigaretten gingen massenweise ins Feld, weil selten jemand auf den klugen Gedanken kam, erst einmal die Liebesgaben auszuprobieren, die verschickt werden sollten. Der gegenwärtige Weltkrieg bringt ähnliche Erscheinungen. Sie beschränken sich aber nicht nur auf Zigaretten, sondern greifen auch auf andre Gebiete über. So beschämend es auch klingen mag, so

○○○○○○ Rundschau ○○○○○○

Vor Buchdruckern im Kriege. Für vorbildliche Tapferkeit und Pflichterfüllung im Kriegsdienst erhielten folgende Mitglieder unserer Organisation das Eisenerne

wird jetzt zuweilen über die Minderwertigkeit von allerlei Nahrungsmitteln, beispielsweise Bouillonwürfeln, Kaffeeextrakten, Seepfaffen, Punschessenzen und dergleichen, geklagt. Die Summen, die in der Heimat täglich ausgegeben werden, um den Soldaten im Feld eine Freude zu bereiten, sollen aber wirklich nicht dazu dienen, um eigennütigen Ausbeutern die Taschen zu füllen. Man rufe aber nicht sofort nach Staatshilfe. Vielmehr wirke der einzelne selbst mit, um dem betrügerischen Unwesen ein Ende zu bereiten. Wer Liebesgaben einkauft, probiere sie vorher sorgfältig, und ist er überzeugt, daß ihm im Verfallnisse zum Preise werksloser Schund eingehändigt wurde, so mache er den zuständigen Behörden Anzeige davon. Dies Verfahren schließt unsere Krieger vor Enttäuschungen und hat noch den Vorteil, daß die guten Erzeugnisse gewissenhafter Gewerbetreibender verdiente Würdigung finden."

Folgen der „Kündigungskrankheit“. Nach einem vom Landgericht I bestätigten Urteile des Gewerbegerichtes Berlin liegt bei einer Vorläufigung einer Krankheit während der Kündigungszeit ein Grund zur sofortigen Entlassung vor.

□ □ □ □ □ Literarisches □ □ □ □ □

„Erinnerungen.“ Herausgegeben anlässlich des zehnten Stiftungsfestes am 7. November 1914 vom Ortsverein Eisleben im Verbands der Deutschen Buchdrucker. Das Büchlein enthält auf 20 Seiten Kleinotakia eine gedrängte Geschichte der Entwicklung des Ortsvereins Eisleben und schreift sich durch die eigenartigen Organisationsgrundlagen für die Arbeiterchaft im Mansfeldischen überhaupt. Heute, wo der Weltkrieg in geradezu erbebender Weise die große Bedeutung der deutschen Gewerkschaften für unsere ganze Kultur zur Geltung gebracht hat, muten die schlichten und kurzen Schilderungen aus dem wechselvollen Werdegange der Eislebener Buchdruckerorganisation wie Blätter aus längst vergangenen dunklen Zeiten an. Und doch sind wir fast alle selbst Zeugen dieser Entwicklung gewesen. Aber gerade dadurch wirkt das kleine Büchlein um so eigenartiger und mahnt alle seine Leser, nie zu vergessen, daß Gegenwart und Zukunft nur Früchte der Vergangenheit sind und sein können.

Verschiedene Gänge.

„Fachmittellungen für die Mitglieder der deutschen Korrekturenvereine.“ Herausgegeben von der Zentralkommission der Korrekturen Deutschlands. Nr. 38. 1915. Inhalt: Mehr Einheitslichkeit. — Verschiedenes. — Fragekasten. — Jährlicher Bezugspreis bei postfreier Zusendung der Nummern 75 Pf. (später hinzutretende Bezüge erhalten die sendenden Nummern des laufenden Jahrganges nachgeliefert), post- und befähelgeldfrei einzulösen an Alfred Hausf, Berlin SO 16, Schmidtstraße 32, Gartenhaus, IV rechts. Für Mitglieder kostenfrei. Mehr Nummern können zum Teil zum Preise von je 10 Pf. nachbezogen werden.

„Bodenreform.“ Organ der Bodenreformer. Erscheint am 5. und 20. jeden Monats. Nr. 24. 25. Jahrgang. „Für Alle Welt“, illustrierte Zeitschrift. Verlag: Deutsches Verlagshaus Bong & Co., Berlin. XXI. Jahrgang, Heft 8. Preis 40 Pf. „Der Naturarzt.“ Zweite Kriegsnummer. Nr. 12. 42. Jahrgang. Die Schrift erscheint am 1. jeden Monats und kostet jährlich 3 Mk., Einzelheft 30 Pf. Geschäftsstelle: Berlin SW 11, Kalleische Straße 20.

Briefkasten.

M. J. in Innsbruck: Sie sind ein bedauernswertes Opfer des bekannten Geschlechtes derer vom Komma, und müssen daher die Jechte bejahen. Gut Schluss! — O. D. in A.: 1. Also direkt haben Sie dort nichts gemerkt von dem Abfalle durch englische Flieger am ersten Weihnachtstage, was jedenfalls besser ist, als wenn die Ihnen gewordenen Zuschriften von kollegialer Seite mit Ihren Befürchtungen recht haben würden. 2. Ist inzwischen gegangen und in Nr. 3 behandelt. Lassen Sie uns aber die Nummern noch etwa acht Tage für einen andern guten kollegialen Zweck. — Nach Kalbe: Da muß uns erst noch Aufklärung über die näheren Umstände gegeben werden. — Jgh. in A.: Darüber werden in nächster Nummer redaktionelle Betrachtungen erscheinen, doppelte Behandlung verbietet sich schon der Raumknappheit wegen; übrigens sind Ihnen bei dem sehr schwierigen Thema auch einige Irrtümer unterlaufen. Aber Dank für guten Willen. — W. M. in Neustadt a. S.: Das vorausgelagte Porto wollen Sie uns am Schlusse der Sendungen übermitteln. — M. R. in B.: Bereits am 9. hier eingetroffen; sehr erfreut über das schmecke Auhere des so berüchtigt gewordenen Betriebes, was auch vom aufmarschiereten „Personal“ zu sagen ist. Frdl. Grüße!

□ □ □ **Verbandsnachrichten** □ □ □

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 5 II.
Fernsprecher: Amt Kurfürst, Nr. 191.

Adressenveränderungen.

Frankfurt a. O. (Bezirk.) Vorsitzender: Hermann Müller, Berliner Straße 35 II.; Kassierer: Paul Fellensberg, Kleine Scharnstraße 15 III.
Kaufbeuren. Vorsitzender: Johann Baader, Schmidgasse 20 I.

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigestellte Adresse):
Im Gau Bayern der Seher Franz Raub, geb. in Fürth 1896, ausgel. dal. 1914; war noch nicht Mitglied. — Joseph Geib in München, Holzstraße 24 I.
Im Gau Rheinlands-Weiskalen die Seher 1. Karl Rheinberg, geb. in Bausenhausen 1896, ausgel. in Fröndenberg 1914; 2. Paul Dhrendorf, geb. in Klafeld 1896, ausgel. in Siegen 1914; 3. Wilhelm Schmidt, geb. in Bischolsheim bei Mainz 1895, ausgel. in Mainz 1913; 4. der Drucker Albert Dienerrich, geb. in Altweller 1896, ausgel. dal. 1914; waren noch nicht Mitglieder; die Seher 5. Ludwig Kleinen, geb. in Euskirchen 1883, ausgel. in Rheinbach 1900; 6. Heinrich Raupel, geb. in Siegenhain 1876, ausgel. in Schwwege 1894; 7. der Maschinenleber Christian Landsberger, geb. in Bonn 1867, ausgel. dal. 1886; waren schon Mitglieder. — Emil Albrecht in Köln, Gereonshof 28.

Berjammlungskalender.

Kue i. Erzgeb. Generalammlung Sonnabend, den 16. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im „Mollschlößchen“.
Boschum. Saupfahresberjammlung Sonnabend, den 16. Januar, abends 8 Uhr, bei Böhmam.
Ludwigshafen a. Rh. Berjammlung Sonnabend, den 16. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im „Brüdenhof“.
Waldburg i. Schl. Generalammlung Sonntag, den 17. Januar, vormittags 9 Uhr, im Vereinszimmer der „Gorhauer Bierhalle“.

Tarifamt der Deutschen Buchdrucker

Berlin, SW 48, Friedriehstraße 239
Briefadresse: 3. St. des Geschäftsführers Herrn Paul Schliebs

Fünfter Nachtrag

zum Verzeichnisse der den Tarif anerkennenden Firmen vom 30. April 1914.

(Die nachstehenden Firmen haben um Aufnahme in die Tarifgemeinschaft nachgehakt. Falls nicht innerhalb vier Wochen vom Tage der Veröffentlichung an begründete Proteste gegen die Aufnahme derselben beim Tarifamt einlaufen, gelten die Firmen als aufgenommen.)

- I. Kreis.
Harburg: Hemmann, F.
Solkau: Mundschenk, L.
- II. Kreis.
Effen (Ruhr): Ebner, Emil.
Köln: Rheindorf, Heinrich.
Werne (Bez. Münster): „Werner Zeitung“ (Witwin Voigt).
- IV. Kreis.
Rastatt: Greiser, A. & S.
- IVa. Kreis.
Mülhausen i. Elz.: „Mülhauer Volkszeitung“, G. m. b. H.
- V. Kreis.
Kaufbeuren: Berger, Emil.
Nürnberg: Rion & Co.

- VII. Kreis.
Leipzig: Alshoff, Theodor; Malcher, Robert.
Nerchau: Noack, Bernhard (Inb. Waldemar Koenig).

- VIII. Kreis.
Berlin: Rabich, Richard, & Co.; Müller & Mehmer; Reimer, W., Nachf. Ernst Kubn.
Berlin-Grich: Riebel, J. D. M. G.
Berlin-Karlshorst: Pharmazeutisch-kosmetische Fabrik Glotow & Cöthes.
Berlin-Tempelhof: National-Film.

- IX. Kreis.
Krapitz (O.-Schl.): „Krapitzer Stadtblatt“ (Inb. Johanna Seidel).
Sils i. Schl.: Buchdruckerei M. Ludwig, Konrad Rothke, Max Politt & Co.
- X. Kreis.
Samburg: Rosenbaum, Gebr.

- XI. Kreis.
Storkow: Kunst- und Reklamadruckerei Robert Schulze.

Aus dem Verzeichnisse der tariffreien Buchdruckereien gestrichen wurden die Firmen:

- Kreis I: Carl Brach jun. in Osnabrück.
- II: C. Th. Köster in Barmen; W. S. Klottermann in Warendorf.
- III: Gebr. Müller in Kassel.
- V: Max Rbnig in Fürth.
- VII: Müllers Druckerie in Leipzig.
- VIII: G. Kobosil & Co. in Berlin-Neukölln.
- XII: Ernst Timm in Pr.-Stargard.

Aus der Liste der tariffreien Gehilfen wurden gestrichen: Joseph Rütten in M. Gladbach; S. Fries in Wiffen (Ruhr).

Berlin, 28. Dezember 1914.

Franz Francke, R. S. Gieseler,
Prinzipalvorsitzender, Gehilfenvorsitzender.

Paul Schliebs, Geschäftsführer.

Dresdner Buchdrucker-Gezangverein
Sonntag, den 17. Januar, abends pünktlich 7 Uhr, im großen Saale des „Vereinshauses“, Simzendorffstraße 17:
Konzert
zum Besten der Angehörigen der im Felde stehenden Kollegen, insbesondere derjenigen der Gefallenen
unter gütlicher Mitwirkung der Konzertsängerinnen Ida Pepper-Schörfling (Nieder am Klavier) und Johanna Lauch (Nieder zur Laufe). Begleitung: Theobald Werner.
Eintrittskarten zu 50 Pf. und 20 Pf. (Stehplatz) sind bei den aktiven Mitgliedern und im Bureau, Nathildensstraße 7, zu haben. — In Anbetracht des Zweckes erhalten die Mitglieder für diesmal keine Freikarte; sie werden gebeten, Karten Dienstag, den 12. Januar, in der Abendsstunde, Albrechtstraße 41, zu entnehmen. [181]

Linotypeseher
mit längerer Praxis sofort oder später gesucht. Angebote mit Zeugnisabschriften und Lohnforderung an die Buchdruckerei Joh. Samel, Marburg a. L. [194]
Die Vertrauensmänner und Kollegen bitten wir um Angabe der Adresse des Sehers [200]
Bodo Wannack
an Schmieder, Weinbössa, Hauptstraße 39 II.

Maschinenmeister gesucht!
Ich suche zu sofortigem Eintritt einen militärfreien, jüngeren Maschinenmeister zum Drucke besserer Papierwaren auf Augsburger Maschinen mit Königs-Bogenanleger. Nur süddeutsche Bewerber mit Routine im Papierwarendrucke wollen sich unter Beifügung von Zeugnisabschriften melden.
Otto Bachmann, Saulgau (Württbg.).
Stereotypseur
sofort oder baldmöglichst gesucht. [198]
E. Schwarz (vormals Emil Hauck) Leipzig, Teubnerstraße 11.

Verstehbare Werkzeugkasten
sowie sämtliche Werkzeuge für Maschinenmeister empfiehlt Kollege Max Voigt, Leipzig-Güterlich, Papiermühlstraße 5 II. Preisliste gratis. [626]
Seitenmaß mit sämtlichen Einstellungen 20 Pf. C. Geib, Frankfurt am Main 3.
Gutenbergsbüßen in Altabfasser- oder Eisenblechmaße zu Mk. — 90, 2.25, 6, 7.50, 18, 22.50 und 36 je nach Größe empfiehlt A. Siegl, München 2, Holzstraße 7.

Am 4. Januar erlitt in Rußland den Tod für das Vaterland unser lieber Kollege
Hermann Landschreiber
32 Jahre alt. In ihm verlieren wir einen Kollegen, dessen Andenken wir jederzeit in Ehren halten werden. [202]
Die Kollegen der Firma Gebr. Zanghans, Leipzig.

Dem gegenwärtigen großen Völkerringen seien wiederum zwei langjährige, brave Mitglieder zum Opfer, und zwar die Seher
Mag Heutger
aus Stendal, im 29. Lebensjahre, und
Gustav Stürmer
aus Magdeburg, im 31. Lebensjahre.
Diesen immer treuen und eifrigen Beschäftigten unserer guten Sache wird ein stets ehrendes Andenken bewahrt.
Der Ortsverein Magdeburg. [196]

Als weitere Opfer des Völkerringens erlitten den Tod auf dem Schlachtfeld unsere Mitglieder, die Seher
Wilhelm Zigges
aus Soest, im Alter von 25 Jahren, und
Emil Heidemann
aus Dortmund, geboren in Rixdorf, im Alter von 24 Jahren.
Ein dauerndes Andenken wird ihnen bewahrt.
Der Bezirk Dortmund. [195]

Als weiteres Opfer des Krieges fiel auf Rußlandschlachtfeldern unser lieber Kollege
Heinrich Reunert
aus Wiffen a. M., im Alter von 35 Jahren. Wir werden sein Andenken in Ehren halten.
Ortsverein Bunsau, Gefangenen-„Gutenbergs“, Graphische Vereinigung. [199]

Selnen in der Schlacht erhaltenen Wunden erlag in einem Feldlazarett im Osten unser lieber Kollege, der Seherkollegen
Franz Fahlert
aus Belver, 26 1/2 Jahre alt. [201]
Chre seinem Andenken!
Ortsverein Brestau.